



Kurzinformationen zu den Gewinner des Future Policy Award 2011

Ruanda: Nationales Waldprogramm, 2004 initiiert, und Gesetz Nr. 57/2008 in Bezug auf das Verbot der Herstellung, des Importes, Gebrauches und Verkaufes von Plastiktüten in Ruanda

Ruandas Umwelt hat 1994 nach dem Genozid und dem Zusammenbruch von Recht und Ordnung unter einer in die Höhe schnellenden Nachfrage nach Holz für den Wiederaufbau des Landes gelitten. Doch trotz des bestehenden Bevölkerungsdrucks und der Landknappheit hat Ruanda es als eines von nur drei Ländern in Zentral- und Westafrika geschafft, den Rückgang der Waldfläche zu stoppen und den Trend umzukehren. Ein neues nationales Waldprogramm mit dem Ziel, Wald zu einer Grundlage der Wirtschaft und des nationalen ökologischen Gleichgewichts zu machen, wurde 2004 implementiert. Mit dem Gesetz Nr. 57/2008 wurde ein Verbot von Plastiktüten eingeführt. Es wurden sowohl massive Wiederbewaldungs- und Pflanzaktionen durchgeführt, die einheimische Arten förderten und die lokale Bevölkerung miteinbezogen, als auch neue Maßnahmen wie Agrarforstwirtschaft und Training für Waldbewirtschaftung umgesetzt, die in eine Vielzahl von ökologischen, sozialen und ökonomischen Vorteilen resultierten. Folglich ist Ruanda auf dem Weg, sein Ziel zu erreichen, die Waldfläche bis 2020 auf 30% seiner gesamten Landfläche zu erhöhen.

Gambia: Gemeinde-Wald-Politik, 1995 initiiert

Das Gambische Modell der Gemeinde-Waldbewirtschaftung ist ein innovativer Erfolg. Es hat die Ziele, den Wald nachhaltig zu nutzen und Armut zu vermindern, indem die Gemeinden die Entscheidungsbefugnis über die von ihnen genutzten Wälder erhalten. Obwohl Gambia eines der weltweit ärmsten Länder mit einer rasant wachsenden Bevölkerung ist, hat das Land es über die letzten Jahrzehnte geschafft, dem starken Entwaldungstrend in West- und Zentralafrika entgegenzuwirken – mit einem Zuwachs der Waldfläche von 8,5 %. Durch ihre stufenweise Einführung hat die Politik zu einer weit reichenden Veränderung der Waldbesitzverhältnisse vom Staat zu den Gemeinden (zurzeit 12% der Waldfläche) geführt. Die Politik hat ebenfalls einen Rückgang der illegalen Abholzung und der Häufigkeit von Waldbränden in Gemeindewäldern bewirkt sowie die Entwicklung neuer Märkte für Astholz und andere Waldprodukte vorangetrieben, von denen Frauen und die ländliche Bevölkerung wirtschaftlich profitieren.

USA: Das Lacey-Gesetz mit seiner Ergänzung von 2008

Illegale Abholzung und internationaler Handel mit illegalem Holz wurden als bedeutendes globales Problem anerkannt, welches Umweltschäden verursacht, Herstellerländer Milliarden Dollar Gewinn kostet, Korruption verbreitet, das Rechtsstaatsprinzip und gute Regierungsführung unterwandert und bewaffneten Konflikt finanziert. Die Vereinigten Staaten haben als weltweit erstes Land ein uneingeschränktes, strafrechtlich einbringbares Verbot auf den Import illegal geschlagenen Holzes festgelegt. Dieses wird national sowie international von der Nachfrageseite in Angriff genommen, indem Importeure von Holzprodukten und Händler in der Lieferkette die gebotene Vorsicht walten lassen müssen um sicherzustellen, dass das Holz in ihrem Besitz legalen Ursprungs ist. Die Ergänzungen zum Lacey-Gesetz haben Importeure gezwungen, Verantwortung für ihre Holzprodukte zu übernehmen. Als positive Resultate sind bereits eine Zunahme der Sorgfaltspflichtgutachten und der Nachfrage nach zertifizierten Holzprodukten zu verzeichnen. Das Gesetz hat ebenfalls das Potential, signifikant die illegale Abholzung zu reduzieren, indem illegalen Holzfällern der Profit, den sie auf dem internationalen Markt erzielen, entzogen wird.

Hintergrundinformationen über den Future Policy Award

20 Waldgesetze und -programme aus 16 Ländern wurden für den Future Policy Award nominiert.

Internationale Organisationen, darunter die Mitglieder der Collaborative Partnership on Forests (CPF), wie das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), das UNO-Sekretariat des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD), die Weltnaturschutzunion (IUCN) sowie andere, darunter die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), haben die Nominierungen eingereicht.



Die Jury setzt sich aus Experten für Nachhaltigkeit und Wälder von allen fünf Kontinenten zusammen, darunter Jan McAlpine, Direktorin, Waldforum der Vereinten Nationen, Professorin Marie Claire Cordonier Segger, Direktorin, Center for International Sustainable Development Law, Jakob von Uexküll, Vorstandsvorsitzender, World Future Council und Right Livelihood Award, Tewolde Berhan Egziabher, Generaldirektor, Umweltschutzbehörde, Äthiopien, Simone Lovera, geschäftsführende Koordinatorin, Global Forest Coalition, und Pauline Tangiora, Maori-Älteste des Rongomaiwahine-Stammes.

2010, im Internationalen Jahr der Biodiversität, wurde der Future Policy Award an Costa Ricas Biodiversitätsgesetz von 1998 verliehen.

Informationen über die Organisationen

Der World Future Council

Der World Future Council setzt sich für ein verantwortungsvolles, nachhaltiges Denken und Handeln im Sinne zukünftiger Generationen ein. Seine bis zu 50 Mitglieder kommen aus Politik, Geschäftswelt, Wissenschaft und Kultur – und von allen fünf Kontinenten. Der Rat identifiziert mithilfe seines Netzwerks von Wissenschaftlern, Parlamentariern und Umweltorganisationen weltweit zukunftsweisende Politikansätze und unterstützt ihre Umsetzung auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene. Mit seinem Future Policy Award ehrt der Rat die weltbesten nationalen Gesetze, die bessere Lebensbedingungen für heutige und zukünftige Generationen fördern. Der World Future Council ist als gemeinnützige Stiftung in Hamburg registriert.

Um mehr zu erfahren, besuchen Sie unsere Website unter www.worldfuturecouncil.org Mehr zum Future Policy Award finden Sie unter: www.worldfuturecouncil.org/future_policy_award.html

Kontakt: Ina Neuberger (Media), [ina.neuberger\(at\)worldfuturecouncil.org](mailto:ina.neuberger@worldfuturecouncil.org) oder Alexandra Wandel (Direktorin), World Future Council: +49 172 748 39 53, [fpa\(at\)worldfuturecouncil.org](mailto:fpa@worldfuturecouncil.org)

Das Internationale Jahr der Wälder

Die UNO-Generalversammlung hat 2011 zum Internationalen Jahr der Wälder erklärt, um ein Bewusstsein für nachhaltige Bewirtschaftung, Erhaltung und nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern zu schaffen. Das Thema des Jahres ist „Wälder für Menschen“ aufgrund der zentralen Rolle, die Menschen für die nachhaltige Waldbewirtschaftung spielen. Das Sekretariat des UNO-Waldforums der Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten in New York steht im Mittelpunkt der Umsetzung des Internationalen Jahres der Wälder. Das Sekretariat kooperiert mit Regierungen, dem Collaborative Partnership on Forests, internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen sowie relevanten Gruppen. Mehr Informationen hierzu unter www.un.org/en/events/iyof2011 Kontakt: Mita Sen, <mailto:sen@un.org> oder Sylvia Chen, chen14@un.org.

Das Waldforum der Vereinten Nationen (United Nations Forum on Forests, UNFF)

Das Waldforum der Vereinten Nationen ist ein internationales Politikforum, welches „das Management, die Erhaltung und die nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern fördert und entsprechendes langfristiges politisches Engagement unterstützt.“ Das Forum wurde im Jahr 2000 durch den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (Economic and Social Council of the United Nations, ECOSOC) gegründet und besteht aus allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen. Im Jahr 2007 führte das UNFF das so genannte „Forest Instrument“ (UN Non-Legally Binding Instrument on All Types of Forests) ein. Diese Maßnahme gibt die Rahmenbedingungen für nationale Aktivitäten und internationale Kooperationen vor, um Entwaldung zu verringern, der Schwächung von Wäldern vorzubeugen, nachhaltige Lebensführung voranzutreiben und die Armut der Menschen zu verringern, die von Wäldern leben. Das Sekretariat des UNFF ist am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York angesiedelt. Weitere Informationen hierzu unter www.un.org/esa/forests/ Kontakt Mita Sen [sen\(at\)un.org](mailto:sen@un.org) oder Sylvia Chen [chen14\(at\)un.org](mailto:chen14@un.org).

Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD)

Das auf dem Weltgipfel in Rio 1992 ausgehandelte Übereinkommen, das 1993 in Kraft trat, ist ein Umwelt-Vertragswerk für die Erhaltung der biologischen Vielfalt, der nachhaltigen Nutzung ihrer Bestandteile und der Zugangsregelungen und dem gerechten Ausgleich von Vorteilen, welche aus der Nutzung genetischer Ressourcen entstehen. Die CBD hat 193 Vertragspartner und damit nahezu eine

globale Partizipation der Länder. Das Übereinkommen will alle Bedrohungen der biologischen Vielfalt und Ökosysteme einbeziehen, auch Bedrohungen durch den Klimawandel. Dies geschieht durch wissenschaftliche Untersuchungen, die Entwicklung von Werkzeugen, Anreizen und Prozessen, den Transfer von Technologien und guten Lösungsansätzen sowie der vollen und aktiven Beteiligung der relevanten Interessenvertreter, darunter indigene Völker und lokale Gemeinschaften, die Jugend, Nichtregierungsorganisationen, Frauen und die Wirtschaftswelt. Das Cartagena Protokoll für biologische Sicherheit unterstützt das Übereinkommen. Es will biologische Vielfalt vor den möglichen Risiken durch bio-technisch veränderte Organismen schützen. Bis heute haben 160 Länder sowie die Europäische Union das Cartagena Protokoll ratifiziert. Das Sekretariat des Übereinkommens und des Cartagena Protokolls sitzt in Montreal, Kanada. Mehr Informationen unter www.cbd.int Kontakt: David Ainsworth, Tel: +1 514 287 7025, david.ainsworth@cbd.int, Johan Hedlund, Tel: +1 514 287 6670, johan.hedlund@cbd.int.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen setzt sich international für die Bekämpfung des Hungers ein. Indem sie Industrie- wie auch Entwicklungsländern dient, fungiert die FAO als neutrales Forum, wo sich alle Nationen als Gleichberechtigte treffen, um Verträge zu verhandeln und über Politik zu debattieren. Die FAO ist ebenfalls eine Wissens- und Informationsquelle. Die FAO hilft Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Modernisierung und Verbesserung der Praktiken in Land-, Forst und Fischereiwirtschaft und bei der Sicherstellung guter Ernährung für alle. Seit ihrer Gründung 1945 hat die FAO ihre Aufmerksamkeit auf ländliche Gegenden konzentriert, die weltweit 70% der armen und hungrigen Menschen beherbergen. Kontakt: Maria De Cristofaro, Maria.Decristofaro@fao.org, +39 06 570 52120/+39 345 499 6331, oder Irina Utkina, Irina.Utkina@fao.org, +39 06 570 5254/+39 34 88 967 961.

Forest Stewardship Council (FSC)

Der Forest Stewardship Council (FSC) ist eine unabhängige, gemeinnützige Nicht-Regierungsorganisation, die nachhaltige Waldbewirtschaftung fördert. Der FSC ist ein einzigartiges Forum, in dem Interessengruppe aus der ganzen Welt grundlegende soziale und ökologische Kriterien für die Waldbewirtschaftung festlegen. Weltweit werden diese Grundsätze mit der FSC-Zertifizierung umgesetzt. Mit Programmen, Leistungen und Lösungen für die FSC-Zertifizierung unterstützt der Forest Stewardship Council Organisationen, Unternehmen und Gemeinden bei Waldbewirtschaftung, um die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedürfnisse heutiger und zukünftiger Generationen zu erfüllen. Mehr Informationen hierzu unter www.fsc.org. Kontakt: Alison Kriscenski, a.kriscenski@fsc.org.